

# Politisch unkorrekte Wirklichkeit

Die politische Korrektheit ist das Drama unserer Gegenwart! Es steht zwar seit 1867 im österreichischen Staatsgrundgesetz: "Artikel 13: Jedermann hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck oder durch bildliche Darstellung seine Meinung innerhalb der gesetzlichen Schranken frei zu äußern." Es gibt keine gesetzliche Schranken, die es untersagen, politisch Unkorrektes durch Wort, Schrift, Druck oder durch bildliche Darstellung zu äußern.

Aber es gibt eine Art Konsens unter der politisch korrekten Elite: dort lebt man unter fixer freiwilliger Selbstzensur! Aus dieser Ecke kommen nur Töne, die sogar alle Vorsitzende aller Grünen aus allen grünen Zeiten bedingungslos hören dürfen! Man hat zwar auch dort ganz vorsichtige Meinungsreformen gemacht, so hört man schon seit Jahren den seinerzeit ständig verkündeten Spruch "der Islam ist eine multikulturelle Bereicherung" nicht mehr<sup>1</sup> - das trauen sich selbst die allerkorrektesten Philoislamisten nimmer zu sagen!

Auch in anderen Bereichen gibt es diese Moralvorschriften. In Österreich existiert als Art Zensurvorschrift der "Presserat", dort werden Unkorrektheiten angeprangert. Laut Presserat ist es z.B. gänzlich unkorrekt, bei Straftaten die Herkunftsdaten eines Täters verlauten zu lassen! Man lese dazu die Aussendung des österreichischen Presserates vom 20.10.2015: "Immer wieder wenden sich Leser an den Presserat und kritisieren, dass in der Kriminalberichterstattung die ausländische Herkunft oder der Migrationshintergrund eines mutmaßlichen Täters angeführt wird. Menschen gleicher Herkunft können sich dadurch gekränkt und diskriminiert fühlen. Der Senat 1 des Presserates mahnt daher zu mehr Zurückhaltung und Sensibilität. Der Senat ist der Ansicht, dass die bloße Erwähnung der Herkunft eines mutmaßlichen Straftäters für sich alleine zwar noch nicht gegen den Ehrenkodex für die österreichische Presse verstößt - vorausgesetzt, dass die betroffene Gruppe dadurch nicht pauschal als kriminell dargestellt oder verunglimpft wird. Dennoch kann auch die bloße Nennung der Herkunft von Straftätern bei manchen Lesern eine negative Einstellung und Ressentiments gegenüber der betroffenen Gruppe hervorrufen; Vorurteile können geweckt oder verstärkt werden. In Fällen, in denen die Herkunft des Täters für die Schilderung der Straftat und für das Verständnis der Leser nicht relevant ist, sollte nach Meinung des Senats darauf verzichtet werden, die Herkunft zu nennen. Der deutsche Presserat berücksichtigt dies regelmäßig in seinen Entscheidungen."

Das ist die Zensur, die laut Artikel 13 des Staatsgrundgesetzes nicht existiert, die aber zumindest als moralischer Prügel Verwendung findet. Die Öffnung aller Grenzen innerhalb der EU erleichtere zwar die Grenzübertreite für alle EU-Bürger, aber speziell erleichtere sie kriminellen Banden ihre Tätigkeit! Das darf natürlich keinesfalls zugegeben werden, darum auch die o.a. Aussendung! Nie werdet Ihr erfahren, was die heilige Einfalt von EU-Politikern vielen Menschen an Schaden verursachte! Weil in der Zeitung darf so etwas ja nimmer stehen, meint zumindest der Presserat. Da hat er allerdings Pech gehabt, diese möchtegernige Zensurvorschrift funktioniert nur bei manchen vermeintlichen Qualitätszeitungen!

Aber nun endlich zum Thema laut Titel! Zwar ist die Kronenzeitung auch eher vorsichtig und bemüht sich um Meinungsbreite, aber die obige Schnapsidee des Presserates hat man seinerzeit dort sogar offiziell zurückgewiesen! Unter den Lesern der Sonntagskrone erfreuen sich - wie man politisch unkorrekten, aber mit dem o.a. Artikel 13 kompatiblen Leserbriefen entnehmen kann - die Artikel von Tassilo Wallentin großer Beliebtheit. Weil der zensuriert sich nicht selber und schreibt was er meint. Niemand muss immer dasselbe meinen wie der Wallentin, aber in einer freien Gesellschaft muss so was dazugehören können! Hier ein Text aus der Sonntagskrone vom 9.7.2017:

## DR. TASSILO WALLENTIN

Rechtsanwalt in Wien und Bestseller-Autor. tassilo.wallentin@wallentinlaw.com

### "Zur Selbstzerstörung sind wir nicht verpflichtet!"

**Die Situation im Mittelmeer ist völlig außer Kontrolle. In Italien erreicht der Ansturm afrikanischer und arabischer Bootsflüchtlinge neue Rekorde. Sehenden Auges unternimmt die EU nichts, um die Mittelmeerroute zu schließen.**

**Im Gegenteil: Sie spielt Wassertaxi. Unsere Regierung hat die Pflicht, Österreichs Souveränität zu schützen!**

Nichts ist leichter, als eine Seegrenze zu überwachen: Drohnen, Radar, Satelliten, GPS-Peilsysteme, Schnellboote und Hubschrauber. Es wäre ein Leichtes, Schlepperboote am Auslaufen zu hindern oder auf See sofort abzufangen. Würde man alle Bootsflüchtlinge wieder an den Strand zurückbringen ("australisches Modell")\* dann wäre das Geschäft der Schlepper zerstört. Denn kein Mensch zahlt 1500 Dollar für einen Platz im Schlauchboot, wenn er weiß, dass er 15 Minuten später von der Marine abgefangen und wieder an seinen Ausgangsort zurückgebracht wird. Das ist übrigens der einzige Weg, um das Ertrinken im Mittelmeer zu stoppen.

Doch die Wirklichkeit sieht anders aus: Die EU-Küstenwache Frontex und NGOs befördern weiter Zigtausende Migranten aus Afrika mit Wassertaxis nach Europa. An einem Spitzentag wurden 8500 Bootsflüchtlinge von EU-Schiffen nach Italien übersetzt. Zuletzt waren es 10.000 binnen 48 Stunden! Hunderttausende warten in libyschen Häfen auf die Überfahrt. Über 400 Millionen - vor allem junge Männer - aus zerfallenden afrikanischen und arabischen Staaten wollen in die EU.

---

<sup>1</sup> Wenn man in Google eingibt "Islam multikulturelle Bereicherung" dann sind die ersten beiden Eintragungen bei google.at "Die multikulturelle Bereicherung..." - <http://www.atheisten-info.at/infos/info2169.html> und "Die multikulturelle Bereicherung - Teil 2" - <http://www.atheisten-info.at/infos/info2744.html> - wenn man bei google.de sucht, sind das die Eintragungen drei und vier.

Den Bürgern verkauft man die Völkerwanderung als "Rettung aus Seenot". Dabei läuft das Ganze nach einem perfekt eingespielten System ab: Hunderttausende großteils Armutsflüchtlinge reisen an die libysche Küste.

Dort setzen Schlepper jeweils 100-150 Personen in ein Schlauchboot. Jeder Passagier bezahlt vorab 1500 Dollar. Einer bekommt ein Satellitentelefon, in dem die Nummer von Frontex eingespeichert ist. Kaum auf See, ruft er auftragsgemäß bei Frontex an und gibt SOS. Die EU-Schiffe eilen herbei, nehmen die Bootsflüchtlinge auf und befördern sie in das 480 Kilometer entfernte Italien. Wie Taxiunternehmen. Dort angekommen, taucht die Hälfte der "Geretteten" sofort unter. Denn ihre Ziele sind Deutschland, Schweden und Österreich.

Die Leute wissen: In Österreich braucht man nur einen Asylantrag zu stellen und erhält sofort volle Grundversorgung samt Zuschüssen und Krankenversicherung. Fast jeder, der es zu uns schafft, kann nicht mehr abgeschoben werden. Idiotische Gesetze wie die EU-Grundrechtecharta führen dazu, dass sogar Mörder, Vergewaltiger, Kinderschänder und Drogenhändler in Österreich bleiben dürfen, wenn ihnen im Herkunftsland "erniedrigende Behandlung droht". Wer seinen Pass wegwirft, kann nicht abgeschoben werden. Die meisten afrikanischen und arabischen Migranten sind im Grunde Analphabeten. Laut Finanzministerium werden 90% zu Sozialfällen. Im Falle des Familiennachzuges steigt ihre Zahl auf das Drei- bis Fünffache. Das erschüttert unser Land in seinen Grundfesten.

Für Österreich bedeutet das Folgendes: Solange die Mittelmeerroute nicht geschlossen ist, muss unsere Regierung die Grenzen sichern. Sie verstößt damit nicht gegen EU-Verträge. Denn unsere Rechtsordnung fußt auf dem römischen Recht. "Ultra posse nemo obligatur", lautet der alte Grundsatz. Übersetzt bedeutet das: "EU-Recht hin oder her - Zur Selbsterstörung sind wir nicht verpflichtet."<sup>2</sup>

Offensichtlich planmäßig herbeigeführte Seenotsituationen dienen in großem Maßstab zur planmäßigen Einwanderung nach Europa, Schlepperbanden und diverse NGOs kooperieren - was in Italien bereits Nachforschungen der Staatsanwaltschaften bewirkte. Ob diese NGOs dies aus moralisch-heiliger Einfalt oder aus Geschäftsgründen tun, ist noch unklar, Italien droht jedenfalls mit Schließung der Häfen für diese Rettungsschiffe, Österreich droht vorsichtshalber mit Schließung der Grenzen zu Italien und die EU droht mit nichts und tut nichts, außer blöd zu moralisieren. Die Rechtspopulisten wurden durch diese Entwicklungen stärker - denn etwas zu tun, das bei vielen Menschen auf Zustimmung stößt, also "populär" ist, das verstößt ganz massiv gegen die politische Korrektheit!

In Österreich hat sich daher der ÖVP-Politiker Sebastian Kurz kurzerhand dazu entschlossen, seine ÖVP zu einer im Volke möglichst populären und von ihm alleine verwalteten Partei umzubauen, dadurch die SPÖ und die FPÖ zu überholen und auf Missstimmungen in der Bevölkerung so zu reagieren, dass die Österreichische Volkspartei zu einer im Volke tatsächlich populären Partei wird! Die Anfangseuphorie ist zwar etwas geringer geworden, aber es schaut für den Kurz immer noch sehr gut aus!

Hier die bis heute (10.7.2017) einzige Umfrage, die auch den anderen Populisten, den politisch ebenfalls unkorrekten Linkspopulisten Peter Pilz einbezogen hat (veröffentlicht am 7.7. von Research Affairs):



(Screenshot von <https://neuwal.com>)

Die ÖVP liegt vorn, die FPÖ hat gegenüber ihrem Höhepunkt im Mai 2017 zehn Umfrageprozent eingebüßt, die SPÖ lag schon besser - dass sie gut lag, ist allerdings schon verdammt lange her. Wenn Peter Pilz seine Kandidatur mit einer eigenen Liste schätzungsweise übernächste Woche bekannt gibt, werden danach Umfragen ein bisschen ein genaueres Bild zeichnen können. Dass echte politische Korrektheit ein ausgesprochenes Minderheitenprogramm ist, zeigen die obigen sechs Grünprozent.

Es wird bis zum 15. Oktober auf alle Fälle spannend bleiben - die politisch korrekten Meinungsprediger werden nicht die Wahlsieger sein, weil es zunehmend klarer wird, dass politisch korrekte, aber unpopuläre Politik den politischen Untergang der politischen Korrektinge bedeutet! Weil die Wählerschaft ist nur sehr seicht politisch korrekt, dort ist es weitaus wichtiger, mit den eigenen Sorgen, Ängsten, Befürchtungen und Hoffnungen wahrgenommen zu werden, was momentan die politische Szene doch wahrnehmbar verändert...

<sup>2</sup> Wörtlich: Über das Können hinaus wird niemand verpflichtet